

Die Sanitätswarte

Organ zur Vertretung

der Interessen des gesamten Personals in Kranken- und Irren-Anstalten, Sanatorien, Heil-,
Pflege- und Bade-Anstalten, Massage- und Wasserheil-Instituten, Kliniken, Seebädern etc.

Beilage zu „Die Gewerkschaft“.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57,
Bälowstr. 21. Fernsprecher: Amt 9, Nr. 6488.
Redakteur: Heinrich Bürger.

Berlin,
den 8. Juli 1904.

„Die Sanitätswarte“ erscheint nach Bedürfnis.
Bezugspreis inkl. „Die Gewerkschaft“ viertel-
jährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 0,80 Mk.
Streichband 1 Mk. Postzeitungs-Viste Nr. 3164.

Inhalt:

Für Herrn Oberbürgermeister Rischner. — Lohn oder Trinkgeld. —
Belanntmachung. Aus unserer Bewegung. — Aus unserem Be-
rufe. Aus der Krankenpflege-Praxis. — Eingeladent. — Literarisches.
Invalidenheim im Tuberkulose. Inserate.

Für Herrn Oberbürgermeister Rischner.

In der Sitzung des Berliner Stadtverordneten-Kollegiums vom
10. März behauptete Herr Oberbürgermeister Rischner, daß der Verband
der städtischen Arbeiter und Unterangestellten gewaltsame Verbeugung
betreibe und die bestehende Rechtsordnung umstürzen wolle.

Wir haben bereits in einer Denkschrift dieselbe in der vor-
hergehenden Nummer der „Gewerkschaft“ zum Abdruck gelangt nach-
gewiesen, daß diese Behauptung nicht den wirklichen Tatsachen ent-
spricht, sondern wir stets bestrebt waren, eine friedliche Politik zu
betreiben.

Wie schwer es aber den Arbeitern und sonstigen Personal von
seiten der städtischen Behörden gemacht wird, wirklich friedlich zu bleiben,
dafür sollen uns die folgenden Vorkommnisse wieder einmal die nötigen
Beweise erbringen. Man konnte bemerkt zu der Annahme gelangen,
daß die städtischen Behörden ihre Arbeiter geradezu zum gewalttätigen
Vorgehen provozieren wollen, und alle entgegengeleiteten Versicherungen
nichts als pure Heucheleien seien.

Der Krankenwärter S. wurde am 19. Februar aus dem städtischen
Krankenhaus Friedrichshagen entlassen, worauf er am 22. Februar eine
schriftliche Beschwerde der zuständigen Deputation unterbreitete und
seine Wiederernennung beantragte.

Unseres Wissens nach ist die Beschwerde auch in der Deputation
behandelt worden, einen Bescheid hat S. aber bis zum heutigen
Tage noch nicht erhalten.

Herr Oberbürgermeister Rischner hat gesagt, die städtischen
Arbeiter werden gerecht behandelt und ihre Beschwerden sorgsam ge-
prüft. Das hört sich ohne Zweifel sehr schön an, die nackte Praxis
lehrt aber leider das Gegenteil.

Am 25. November 1903 richtete der Verband an die Deputation
für die Krankenhäuser ein Schreiben, in dem derselbe über den
Machtwortsmittel des Kinderkrankenhauses Beschwerde führte, weil der-
selbe seine Stellung als Vorleser insofern mißbraucht, indem er das
Personal vor der bewilligten Organisation warnt und von Entlassung
redet. Bis heute ist der Verband ohne Bescheid geblieben; der
Machtwortsmittel wird nicht aber im alten Geleise weiter.

Im Krankenplegewesen ist es Praxis, daß von dem Personal
Führungsstellen vortan werden. Die Vorträge der Berliner städtischen
Kranken- und Irrenhäuser stellen dem entlassenen Personal oft Führungs-
stellen aus, die es unmöglich machen, daß die Entlassenen in denselben
Berufe wieder Stellung erhalten. Dabei darf nicht vergessen werden,
welch geringfügige Restlohn oft zur Entlassung führen, das Nachgefühlt
Voreingenommenheit ist vielfach bei Entlassungen entscheidend.

Man scheut sich gar nicht, dem Personal mit der Ausstellung
schlechter Führungsstellen zu drohen, man sagt auch offen: „Hätten
sie sich nicht am Verband gewandt, dann würden wir Ihnen ein gutes
Zeugnis ausstellen“.

Sind solche Verhältnisse nicht skandalös? Man vernichtet wegen
untergeordneter Vorteile die Existenz des Personals auf Jahre hinaus.
Die oberen Herren haben auskömmliche Gehälter und eine aus-
dauernde Existenz, was schert sie da das Personal? Die fortwährende
Verührung mit dem menschlichen Elend, Tod und unglückliche Verden,
hat vielfach jedes menschliche Empfinden aus ihrer Brust getrieben. Nur
Objekt ist für sie der Mensch, nicht Subjekt.

Die oberen städtischen Behörden hören die Klagen des Personals
ununterbrochen seit Jahren, rühren aber keinen Finger um Abhilfe zu
schaffen. Bevor es nicht erst einen gewaltigen Krach gibt, tritt man
den Klagen überhaupt nicht näher.

Der Vizeleg R. aus Wuhlgraben vertrieb sich seine freie Zeit
dadurch, indem er sich im Schießen übte. Trotzdem er seine Schieß-
übungen in einem Raum vornahm, in dem er sich allein befand, erfolgte
seine Entlassung, nachdem ein ihm besonders „freundlich gesinnter
Kollege“ bei der Direktion dierhalb denuntiirt hatte. Mit vollem
Recht konnte wohl die Frage aufgeworfen werden, ob eine so schwere
Strafe, wie die Entlassung, überhaupt notwendig war, zumal der frag-
liche Vizeleg eine Art Vertrauensstellung bekleidete, also sonst wohl
brauchbar gewesen sein muß. Aber die Strafe der Entlassung schien
den städtischen Behörden noch zu gering; im Führungsamt machte
man die schöne Bemerkung: „Wegen Revolververstoßens ent-
lassen“. Selbstverständlich kann R. auf ein solches Zeugnis keine
Stellung im Vizelegberufe erhalten, da jeder Unehigehalt auf Grund
des Attestes annehmen muß, daß er irgend ein Revolverattentat auf
einen Vorgesetzten oder Patienten verübt hat. R. beantragte nun bei
der Deputation der Irrenhäuser die Ausstellung eines anderen Zeug-
nisses. Auf wiederholtes Drängen bekam er von der Deputation, unter-
zeichnet Dr. Strakmann, den Bescheid, daß er ein anderes Zeugnis
nicht erhalten konnte! Mag R. doch jetzt ins Wasser gehen, was
rührt das einer „liberalen“ Stadtverwaltung?!

Dann haben wir noch ein anderes starkes Stückchen von der
Deputation der Irrenhäuser hier mitzutheilen.

Im Dezember des vergangenen Jahres überreichte das Personal
der Irrenhäuser der Deputation eine Petition, die eine Verbesserung
der Dienst- und Gehaltsverhältnisse wünschte. Darauf beschloß die
Deputation man höre und staune den Petenten keine Ant-
wort zu erteilen. In dem Bescheid heißt es wörtlich: „Eine Ant-
wort soll den Antragstellern nicht erteilt werden“. Die
Antragsteller waren laut der Petition das gesamte Personal.

Die Deputation für die städtische Irrenpflege scheint sonderbare
Begriffe über die Pflichten des Anstandes zu besitzen. Wenn man in
anständiger Weise etwas beantragt, hat man auch Antwort zu erhalten.
Diese elementarste Regel des Anstandes schert der Deputation für die
Irrenpflege bisher noch unbekannt geblieben zu sein. Von hoher
städtischer Stelle ist wiederholt gesagt worden, daß die städtischen
Arbeiter stets auf ihre Gehalts Bescheid erhalten und gegenseitige Ver-
hauptungen Verleumdungen wären.

Das entspricht, wie Natura zeigt, nicht der Wahrheit. Wenn
sie, Herr Oberbürgermeister Rischner, sich der Ruhe unterziehen wollen
und einmal das Protokoll der fraglichen Sitzung durchsehen, so werden
sie die Worte: „Eine Antwort soll den Antragstellern nicht
erteilt werden“, wörtlich in denselben finden. Solche Beschlüsse
schüren den Klassenhaß in denkbar stärkster Weise. Der heißt also nicht
der Verband, sondern städtische Behörden. Uns macht es gar nicht
Spaß, sich fortgesetzt mit städtischen Behörden derart auseinander
setzen zu müssen, uns wäre es viel angenehmer, wenn in ruhiger und
anständiger Weise die Auseinandersetzungen stattfinden könnten. Aber:
„Es kann der Beste nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen
Nachbar nicht gefällt“.

Dann heißt es in dem fraglichen Bescheid der Deputation noch
weiter: „Der größte Teil der Antragsteller setzen aus den
Anstalten schon ausgeschlossen“. Hiermit können doch nur die
jenigen gemeint sein, welche im Auftrag des Personals die Petition
unterzeichnet haben. Dann aber stimmt die Behauptung der Deputation
nicht. Doch heute steht die Mehrheit der Antragsteller in städtischen
Dienst. Damals, als die Petition in der Deputation zur Verhandlung

gelangte, hatten von den 11 Unterzeichneten erst zwei den Anstalten den Rücken gelehrt. Man nimmt's halt mit der Wahrheit nicht genau.

In der obengenannten Stadtverordnetenversammlung betonte auch Herr Oberbürgermeister Kirchner, daß die Stadt nichts gegen die berufliche Organisation ihrer Arbeiter und Unterangestellten einzuwenden hat. Warum finden denn aber immer wieder und wieder Eingriffe in die Organisationsbestrebungen des Personals statt? Hat doch erst kürzlich wieder der Leiter eines der Institute, die wir hier behandeln, zu einem Pfleger gesagt: „Wir haben einen speziellen Grund, Sie beobachten zu lassen; bisher ist das Pflegepersonal zufrieden gewesen, jetzt herrscht solche Unzufriedenheit, wenn's nicht paßt, kann ja gehen“.

Haben denn die höheren städtischen Behörden nicht soviel Macht, um diese fortgesetzten Beeinflussungen zu verhindern? Herrscht in Berlin ein Beamten-Hierarchie oder der Magistrat?

Wenn der letztere einmal mit einem Nachwort dazwischen fahren würde, würden zweifellos die Uebergriffe unterbleiben. Es ist wirklich schwer angefaßt der Verkommnisse, die wir hier geschildert haben, eine friedliche Politik zu befolgen. Rhodos.

Lohn oder Trinkgeld?

Nachdem wir uns in letzter Zeit in Berlin wiederholt mit obiger Frage bezüglich des Personals der Bade-Anstalten beschäftigt hatten, nachdem auch die Zentralkommission der Krankenkassen Stellung dazu genommen, kam es zu einer gemeinsamen Sitzung am 15. Juni im Berliner Gewerkschaftshaus. Der sogenannte Verband der Bademeister und Bademeisterinnen Berlins war auch zu dieser Sitzung geladen.

An Agitation haben es unsere Arbeitgeber nicht fehlen lassen, um nur mit „ihren Angestellten“ verhandeln zu können.

In dieser Sitzung mit der Zentralkommission trat das klare Verhältnis der sorgenden Mutter, der Arbeitgeber-Organisation, für das unter den schwersten Wehen zur Welt gebrachte Kind, der neuen Vereinigung, klar zutage, welches selbst Vertreter der Zentralkommission der Krankenkassen ins rechte Licht rückten. Unsere „Auch-Kollegen“ hielten sich eine gründliche Abfuhr, welche sie in den Augen aller recht und ehrlich denkenden Berufscollegen richtet. Die dort gepflogenen Verhandlungen zeigten kein positives Resultat und wurde zum 21. Juni eine neue Sitzung arrangiert, wo weiter verhandelt werden sollte. An dieser Sitzung nahmen die Vertreter der beiden Arbeitgeber- wie die der beiden Arbeitnehmer-Organisationen teil. Nachdem die Verhandlungen sich bis tief in die Nacht erstreckten, kam folgender Tarif gegen die Stimmen unserer Vertreter mit Ausnahme des ersten Punktes, welcher einstimmig angenommen wurde — zur Annahme.

1. Garantierung eines Mindesteinkommens von 120,— Mk. für Bademeister in den Dampfabteilungen; 90,— Mk. für Bademeister in den Wannenabteilungen, und 75,— Mk. für Bademeisterinnen unter Zugrundelegung des folgenden Tarifes:
 - a) Bei Schwitz- und Massage-Bäder 50 Pf.
 - b) Kohlenlaure, Moor- und Teerbäder 15 „
 - c) Schwefel-, Sool-, Fichtennadel-, Kräuter-, Pottalger-, Soda- und Wannenbäder, Güsse und Sitzbäder 10 „
 - d) Für Bühneraugen-Operationen von 50 Pf. aufwärts. 25 „
 - e) Für Abreiben 25 „
3. Annahme der Bäder:
 - a) Für Dampfäder mit Packung von 8—7 1/2 Uhr.
 - „ „ ohne „ „ 8—8 „

Geschäfts-schluß 9 Uhr.

An Sonn- u. Feiertagen bis 11 Uhr, Geschäfts-schluß 1 Uhr.

- b) Für Wannen- und sonstige med. Bäder von 1 1/2 Uhr früh bis 8 1/2 Uhr abends. Geschäfts-schluß 9 Uhr.

An Freitagen und Sonnabenden bis 9 Uhr.

An Sonn- u. Feiertagen von 7 1/2 Uhr mittags.
- 4. Regelung der Arbeitszeit:

Antritt früh, . . . Stunde vor Annahme der Bäder bis abends 9 Uhr.

An Freitagen und Sonnabenden bis 9 1/2 Uhr.

An Sonn- und Feiertagen von 7 1/2 Uhr.

Zum Punkt 4: „Anerkennung der Organisation“ wurde der Vorschlag gemacht, das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts einzusetzen zu lassen. Die Herren scheinen, aber geben sich den Anschein, so naiv zu sein, daß man doch bei einigermaßen Ueberlegung zu dem Resultat kommen muß, daß das Gewerbegericht in dieser Frage nicht zuständig ist.

Ob wir wohl das Schauspiel erleben werden, daß der so mit Ach und Krach zusammengestoppelte Tarif von unseren Arbeitgebern beim Gewerbegericht mit uns dokumentarisch niedergelegt wird? Wir werden's sehen.

Von unserer Seite wurde verlangt, die Sätze des Tarifes in Form des Preisauflages bei den Bädern gleich an der Kasse zu erheben; doch wurde dieser Antrag niedergestimmt. Ein anderer Antrag von unserer Seite gelangte ohne Widerspruch zur Annahme, und zwar, daß dieser Tarif bis 1. Oktober 1905 durch die Angestellten von den Badegästen und von diesem Zeitpunkt an gleich an der Bade-Anstaltskasse mit erhoben wird.

Da nun die Krankenkassen bei Einzelbädern den Abonnementspreis zahlen, so appellieren unsere Auch-Kollegen an das fürsorgliche Herz der Unternehmer und begnügen sich „mit den Brosamen, die von der Herren Tische fallen“. Fürwahr, ein ganz ungewöhnliches Maß von Bescheidenheit.

Von unserer Seite wurde betont, die Differenz, die besteht zwischen Privat- und Krankenkassen-Bedienungssätzen, dadurch auszugleichen, indem der Besitzer den fehlenden Teil ersetzt; hierzu erklärten sich die Herren außer Stande, da sie sonst ihre Anstalten schließen müßten. Arme notleidende Bade-Anstaltsagrarien.

Unsere Aufgabe wird es sein, darüber zu wachen, daß auch dieser vereinbarte Tarif in allen Punkten eingehalten wird, und wird die Zukunft lehren, ob die Beschwerdekommision imstande ist, dieses zu bewerkstelligen. Wir begnügen uns damit: Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. B. Strunk.

Verband der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Secretariat: Berlin W. 57, Bülowstr. 21.

Telephon: Amt IX, 6487.

Alle Korrespondenzen, die den Verbandsvorstand betreffen, sind an den geschäftsführenden Vorsitzenden Br. Voersch, alle Geldsendungen für die Verbandskasse an den Verbandskassierer G. Ahmann, alle Zuschriften für die „Gewerkschaft“ nur an G. Bürgler zu richten.

Sämtliche Beschwerden gehen zunächst an den Vorsitzenden des Verbandsvorstandes, Br. Voersch, gegen die Entscheidungen des Verbandsvorstandes ist Beschwerde bei dem Verbandsauschuß-Vorsitzenden G. Schulz, Hamburg, Hüster 11, zulässig.

Bekanntmachung.

Nachdem mit dem 1. Juli der Uebertritt des Verbandes des Massage-, Bade- und Krankenpflege-Personals perfekt geworden ist, werden die bisherigen Mitglieder des genannten Verbandes aufgefordert, soweit das noch nicht geschehen ist, ihre Mitgliedsbücher wegs Umschreibung abzuliefern.

Die Einzelmitglieder senden dieselben an den Verbandskassierer G. Ahmann, Berlin W. 57, Bülowstr. 21; an den Orten, wo besondere Filialen vorhanden sind, werden dieselben an den Filial-Vorstand abeführt: Berlin, Ortsbureau, Alte Jakobstr. 145; Hamburg, Hüster 11.

Der wöchentliche Verbandsbeitrag beträgt für männliche Mitglieder 20 Pf.; für weibliche 15 Pf. Berlin, Hamburg usw. erheben außerdem besondere Ortsaufschläge von 5 Pf. pro Woche.

Die stellungslosen Kollegen und Kolleginnen haben sich sofort unter Einsendung von Zeugnisabschriften, und wenn möglich, die Photographie an den

Zentral-Stellen-Nachweis, Berlin W. 57, Bülowstr. 21 zu senden.

Die in Berlin und den Vororten ansässigen Kollegen und Kolleginnen können sich persönlich von 10—12 Uhr vormittags auf dem Nachweis melden.

Die allgemeinen Bekanntmachungen werden in der „Gewerkschaft“ veröffentlicht.

Für den Verbands-Vorstand: Hr. Voersch.

Aus unserer Bewegung.

Berlin. Das Personal der städtischen Krankenhäuser war am 15. Juni bei Trabel versammelt, um zu den Forderungen Stellung zu nehmen, welche die Arbeiter-Ausschüsse den Direktionen unterbreiten sollen. Nachdem kürzlich die Arbeiter-Ausschüsse gewählt wurden, ist von Seiten des Personals der Wunsch geäußert worden, daß die Ausschüsse halbwegs den Direktionen einige Anträge bezüglich der Gehalt und Dienstverhältnisse unterbreiten möchten. Der Verbandsvorsitzende Forch referierte im Auftrage einer Sitzung der Vertrauenspersonen des Personals über die Aufgabe der Ausschüsse und die Wünsche der Anstalten. Nach längerer Diskussion wurde folgendes beschlossen: Die Arbeiter-Ausschüsse werden beauftragt, folgende Forderungen den Direktionen zu unterbreiten: 1. Die tägliche Arbeitszeit des Pflege- und Dienstpersonals beträgt inklusive der Ruhepausen täglich 10 Stunden. Es sind in allen Anstalten reguläre Frühstücks-, Mittags- und Abendpausen einzuführen. 2. In der dienstfreien Zeit ist das Personal berechnigt, die Anstalten jederzeit, ohne besonderen Urlaub, auf unbeschränkte Dauer zu verlassen. Zur das Wartepersonal ist der Dienst an den in der

Woche fallenden Urbaubstagen um 2 Uhr zu beenden. 3. Die Gehälter werden in allen Anstalten für alle Kategorien nach gleichen Grundsätzen geregelt. Die Höhe des Gehaltes wird durch das Dienstalter bestimmt. Etwa notwendige Ueberstunden sind besonders zu vergüten.

Das Personal der städtischen Badeanstalten war am 19. Juni in Dräsel's Festalen versammelt, um zu der Frage der Organisation Stellung zu nehmen. Der Verbandsvorsitzende Boersch referierte über: „Die Lage der städtischen Arbeiter und Unterangestellten und die Bedeutung der Organisation“. Seine Ausführungen fanden reichen Beifall, und es wurde beschlossen, eine besondere Sektion für das Personal der Badeanstalten innerhalb der Berlin-Filiale zu gründen. Eine größere Anzahl von Kollegen und Kolleginnen trat derselben sofort bei. Gütiglich berührte es die Versammelten, daß aus der Volksbadeanstalt Moabit niemand erschienen war. Die dort beschäftigten Kollegen wollten seinerzeit als besonders fortgeschritten gelten, was sie aber durch ihr Fernbleiben nicht gerade bestätigen. Hoffentlich bestimmen sich noch diese Kollegen und Kolleginnen eines Besseren und holen das Veräumte nach, damit auch endlich das Personal der Badeanstalten eine entsprechende Interessenvertretung besitzt.

Das Personal der städtischen Jreananstalten ist von neuem in eine Bewegung zur Verbesserung seiner Gehalts und Dienstverhältnisse eingetreten, nachdem bisher auf die Petition, welche Dezember 1903 an die Deputation gerichtet wurde, kein Bescheid erfolgt ist. Diesmal sollen die Arbeiter-Ausschüsse die Wünsche des Personals den Anstaltsleitungen unterbreiten. Man beabsichtigt folgende Forderungen zu stellen: 1. Für das gesamte Personal sind Schlafräume zu schaffen, die von den Krankenjalen getrennt liegen. 2. Die tägliche Arbeitszeit des Pflege- und Dienstpersonals beträgt täglich 10 Stunden inklusive der Ruhepausen. In allen Anstalten sind reguläre Frühstücks-, Mittags- und Besperpausen einzuführen. 3. An 4 Abenden innerhalb jeder Woche ist das Personal nach Beendigung der Dienstzeit berechtigt, die Anstalt jederzeit ohne besonderen Urlaub auf unbestimmte Zeit zu verlassen. An den beiden anderen Abenden steht das Personal abwechselnd zur Keiwe, um in Notfällen zur Hilfeleistung herangezogen werden zu können. 4. Die Gehälter werden in allen Anstalten für alle Kategorien nach gleichen Grundsätzen geregelt. Die Höhe des Gehaltes wird durch das Dienstalter bestimmt. Etwa notwendige Ueberstunden sind besonders zu vergüten. 5. Alljährlich im Sommer wird dem Personal zur Erholung ein 14-tägiger Urlaub unter Weiterzahlung des Gehaltes und einer Entschädigung für Kost und Logis gewährt. 6. In Daldorf und Wuhlgarten ist, wie in Dersberge, anstatt der Margarine Butter zu gewähren. Eine sehr sonderbare Stellung nehmen einige Mitglieder des Arbeiter-Ausschusses der Anstalt Daldorf ein. Dieselben sind weder zu den Sitzungen noch Versammlungen erschienen, welche arrangiert wurden, um zu den Fragen Stellung zu nehmen. Wie wir in Erfahrung gebracht haben, wollen sie deshalb nicht vorgehen, weil sie glauben, diesfalls gemahrgelgt zu werden. Es ist bedauerlich, daß Kollegen, welche derartige Furcht besitzen und denen die nötige Courage zu fehlen scheint, erst solche Posten annehmen. Hoffentlich bestimmen sich die fraglichen Kollegen und Kolleginnen noch eines Besseren und erfüllen ihre Pflichten. Tun sie dieses nicht, so können sie für sich nicht mehr das Recht in Anspruch nehmen, als Ausschussmitglieder betrachtet zu werden. Vertrauen kann nur besitzen, wer sich diesem auch würdig zeigt.

Aus unserem Berufe.

Ein städtischer „Musterbetrieb“ ist die Berliner Anstalt für Epileptische: Wuhlgarten. Die Dienstzeit des Personals beginnt hier um 5 Uhr morgens und endet um 9 Uhr abends; das ist also eine tägliche Dienzeit von rund 16 Stunden. Das Pflegepersonal schläft in den Krankenjalen. Von einer wirklichen Ruhe kann jedoch nicht die Rede sein, da die Patienten sehr oft Anfälle während der Nacht bekommen und das Pflegepersonal vielfach 5-15 mal und mehr in einer Nacht aus dem Bette muß, um den in Krampfe Liegenden beizupringen. Hat das Personal in der Woche seinen Urlaub, so muß es schon um 11 Uhr abends zu Hause sein, trotzdem die Anstalt mehrere Wohnsituationen von Berlin entfernt liegt.

Extra-Urlaub wird nicht erteilt; muß z. B. jemand in Krankentassenangelegenheiten nach Berlin, so wird ihm dafür der nächste Urlaub entzogen.

Besuche darf das Personal nicht empfangen, jedem Besucher wird der Zutritt zur Anstalt verweigert.

Für diese gefängnisähnlichen Zustände eine große Fluktuation des Personals zeitigen, ist nur zu verständlich. Leute, die wegen irgend einem Verbrechen ins Gefängnis geworfen werden, haben es wahrhaftig besser, als das Pflegepersonal dieser Anstalt. Die Gefangenen brauchen einmal nicht so lange zu arbeiten, und andererseits besitzen sie wenigstens eine ungehörte Nachtruhe. — Hoffentlich finden sich Stadtverordnete, die diesen Dingen einmal gründlich nachtreten.

Die in Wuhlgarten herrschenden Zustände sind einfach unerhört, und jeder Stadtvater, der nicht für baldige Abhilfe eintritt, macht sich an diesem zum Mitschuldigen.

Ein Bild des Mitleides bot vor wenigen Tagen ein Bediener der Berliner städtischen Bade-Anstalt in der Denewigstraße. Er war kürzlich dem Verbandsbureau beigetreten; nach wenigen Tagen erschien er aber auf dem Verbandsbureau und meinte, daß die Organisation ja doch keinen Zweck habe. Diesmal ließ er sich jedoch noch zureden und versprach, vorläufig noch Mitglied zu bleiben.

Nach ein paar Tagen erschien er abermals auf dem Bureau; er schwigte am ganzen Körper, als wenn er eben dem Dampfstaub entfliegen wäre. Streckte den Arm weit aus, in dem er das Mitgliedsbuch hielt und stotterte: „Ich will nicht mehr Mitglied bleiben“, überreichte hastig das Mitgliedsbuch und verließ im Sturmschritt das Bureau.

Draußen mag der arme Kerl erleichtert aufgetatmet haben, als er endlich das verruchte Verbandsbuch los war, das ihm Tag und Nacht seine seelische Ruhe geraubt hatte.

Wie singt doch der Dichter?

Den Feind, den wir am tiefsten hassen,
Der uns umlagert schwarz und dicht.

Das ist der Unverstand der Massen,

Die Sterblichkeit in der Krankenpflege. Die Vorarbeiten für eine umfassende statistische Arbeit des österreichischen Landtagsabgeordneten v. Lindheim über die „Sterblichkeit in der Krankenpflege“ sind nunmehr ihrem Abschluß nahegerückt. Die Fragebogen über die Gesundheitsverhältnisse der geistlichen und weltlichen Pflegeeinen versendete die niederösterreichische Statthalterei; sie wurden zumeist vollinhaltlich beantwortet. Auch die meisten der katholischen Kongregationen entsprachen der Anforderung, auch in Deutschland, wo namentlich die Franziskanerinnen am Rhein und die „grauen Schwestern“ in Breslau eingehende Statistiken abliefern. Hier stellt sich noch immer eine große Sterblichkeit an Tuberkulose heraus. Ueber die evangelischen Diakonissen in Skandinavien hat der berühmte Mortalitätsstatistiker Harald Weitergaard in Kopenhagen es selbst übernommen, die Sterblichkeitstafeln für das Lindheim'sche Werk zu liefern. Die englische Statistiker lieferte unter besonderer Unterstützung des St. Georgs-Hospitals und der Royal Nation Pems. Fund for Nurses Dr. Ernst von Denheim in London. Ein besonders umfassendes Kapitel betrifft die Sterblichkeit der österreichischen Ärzte, welche hier zum ersten Male behandelt wird. 135 Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von mindestens je 10 000 Seelen, darunter zunächst die Stadt Wien, stellten Herrn v. Lindheim die Sterberegister der letzten 10 Jahre zur Verfügung. Ebenso wurden die Ergebnisse der medizinischen Witmenfoxiat seit 1750 dem Verfasser zur Benutzung übergeben. Endlich enthält die Arbeit ganz genaue Daten über den Einfluß der Kranken auf die einheimische Bevölkerung in den Kurorten. Soweit die Resultate der großen Arbeit, welche jedenfalls im Laufe des Jahres erscheinen dürfte, sich überlegen lassen, werden sie den fast unanfechtbaren Beweis liefern, daß die der Krankenpflege sich widmenden Personen — inbegriffen die Ärzte — nach dem heutigen Stande der Propylaxe und der Antiseptik keineswegs unter ungünstigeren Verhältnissen leben als andere Berufe, daß jede übertriebene Furcht vor Infektion, die Tuberkulose mit eingeschlossen, daher nicht nur ungerechtfertigt, sondern sogar schädlich ist.

Der Neubau des Rudolf Virchow-Krankenhaus, der größten Krankenanstalt des Kontinents, geht seiner Vollendung entgegen. Die Anstalt besteht in der Hauptsache aus dem Hauptgebäude, das im Rohbau vollendet ist, und aus 21 Baracken, einem Gebäude für männliche Geschlechtsranke, einem Gebäude für weibliche Geschlechtsranke, einem Leidenhause, einer Kochküche, einer Waschküche, ferner einem Kessel- und Maschinenhause u. s. w. Am Hauptgebäude, dem Torgebäude, den Aufnahmelügel und den Treppenhäusern ist der äußere Fassadenputz fertig und mit der inneren Einrichtung begonnen worden. Auch die andern Bauanlagen sind ähnlich fortgeschritten. Die Vollendung der Anstalt ist sicher im nächsten Jahre zu erwarten.

Aus der Krankenpflege-Praxis.

I. Puls.

Bei gesunden Erwachsenen in der Minute	60 bis 80	Schläge
„ Kindern	100	140
„ Greisen	70	90

II. Atmung.

Die Zahl der Atemzüge beträgt in der Minute	
bei Gesunden	16 bis 20 Schläge
„ Neugeborenen	40 „ 44

III. Thermometer.

In der Heilkunde sind zur Bestimmung der Eigenwärme des Körpers die allgemein gebräuchlichen Thermometer im Gebrauch, welche einen Teil der von Celsius in 100 Abschnitte oder Grade eingeteilten Skala, und zwar den für gewöhnlich in Frage kommenden von 34° bis 44° enthalten.

Réaumur zerlegte die Skala, d. h. die Entfernung des Gefrierpunktes bis zum Siedepunkte, in 80 Teile. Diese Thermometer werden noch zur Messung der Temperatur der Zimmer und des Wassers (zum Baden) benutzt.

Das Fahrenheit'sche Thermometer, welches in Deutschland kaum angewendet wird, hat den Eispunkt bei 32, den Siedepunkt bei 212.

Vergleichung der Thermometerskalen.

C. R. F.	C. R. F.	C. R. F.	C. R. F.
30	24	86	35
35	28	95	40
40	32	104	45
45	36	113	

Nach längerem Gebrauch sind die Thermometer prüfen zu lassen, da sich die Skala etwas verschiebt.

IV. Gewichte und Maße.

1. Gewichte.

Die Maße und Gewichte sind im Deutschen Reich nach dem Dezimalsystem eingeteilt.

Als Medizinal-Gewicht gilt für das gesamte Deutsche Reich das Gramm, welches das Gewicht eines Kubikcentimeters destillierten Wassers bei 4° C. darstellt.

1000 Gramm	1 Kilogramm (kg)	2 Pfund
500 "	1/2 "	1 "
1 "	10 Decigramm	
1 Decigramm	10 Centigramm	
1 Centigramm	10 Milligramm	

2. Maße.

a) Höhlmaße.

Entsprechend dem Grammgewicht besteht für Deutschland das Raummaß:

1 Liter (enthält 1 Kilogramm destillierten Wassers)
= 1000 Kubikcentimeter.

1 Schoppen = 1/2 Liter = 500 Kubikcentimeter.

Für die innerlich zu gebrauchenden, d. h. die in den Magen einzubringenden Arzneimittel sind besonders zu erwähnen:

Eßlöffel. Die Eßlöffel sind sehr verschieden an Größe, sie werden im allgemeinen zu 15 Gramm wässriger Flüssigkeit berechnet. Trockener Arzneistoffe (Thee-Form) enthält ein Eßlöffel 10 Gramm.

Ein Rinderlöffel = 1/2 Eßlöffel.

Theelöffel sind gleichfalls in ihrer Größe sehr verschieden. Ein Theelöffel faßt durchschnittlich 5 Gramm Flüssigkeiten. Von trockenen Arzneistoffen (Pulver, Thee) sind die in einem Theelöffel vorhandenen Mengen sehr verschieden, da das Gewicht dieser Stoffe ein sehr wechselndes ist.

Tropfen. Da das Verhältnis der Zahl der Tropfen zum Gewicht der Flüssigkeiten sehr schwankt, so ist jetzt die Anzahl Tropfen, welche in einem Gramm verschiedener Flüssigkeiten enthalten ist, bestimmt festgesetzt.

Ganz unbestimmte Gewichtsangaben, welche daher gänzlich verlassen werden sollten, sind ein Weinglas oder Tassenkopf voll. Ihre sehr wechselnde Größe wird gewöhnlich zu mindestens 100 Gramm berechnet.

Als eine gleichfalls ganz ungenaue Maßbestimmung wird die Messerspitze benutzt, welche zu 1/4, 1/2 Theelöffel berechnet wird.

Die Pravai-Spritze, deren Gestaltung jetzt erhebliche Abänderungen gegen früher aufweist, faßt 1 Gramm flüssigen Inhalts. Auf dem Stempel oder auf der äußeren (meistens Glas-) Hülle ist die Einteilung des Inhalts durch Teilstriche in 10 Teile vorgenommen.

b) Längen- und Flächenmaße.

Die Längenmaße werden nach dem Meter-System berechnet.

1 Meter	10 Dezimeter
1 Dezimeter	10 Zentimeter
1 Zentimeter	10 Millimeter

Die Flächenmaße werden am besten nach Quadratcentimetern berechnet.

1 Quadratcentimeter = 0,0001 Quadratmeter = 100 Quadratmillimeter.

Größenbestimmungen, wie taler-, fünfmarkstück-, handteller-groß sind als ungenau vollständig zu verwerfen.

Längen- und Flächenmaße kommen meistens bei Verordnungen der Pfister in Betracht.

Zur Aushilfe kann man sich folgender Münzgewichte bedienen, welche jedoch nur annähernde Ergebnisse liefern, da Stücke der gleichen Münzsorte durch Abnutzung sehr verschiedene Gewichte haben können. Es wiegen: Goldmünzen: 20-Markstück etwa 8 Gramm, 10-Markstück etwa 4 Gramm; Silbermünzen: 5-Markstück etwa 28 Gramm, 2-Markstück etwa 11 Gramm, 1-Markstück etwa 5 Gramm, 50-Pfennigstück etwa 2 1/2 Gramm; Nickelmünzen: 10-Pfennigstück etwa 4 Gramm, 5-Pfennigstück etwa 2 1/2 Gramm; Kupfermünzen: 2-Pfennigstück etwa 3 1/2 Gramm, 1-Pfennigstück etwa 2 Gramm.

Eingesandt.

Durch die vorgenommene Abstimmung über den Antrag des Vorstandes ist die Verschmelzung mit dem Verband der Gemeindebetriebs-Arbeiter zur Tatsache geworden. Zwar ist das Resultat der Abstimmung kein sehr erfreuliches, aber immerhin ein einigermaßen befriedigendes zu nennen. Die große Zahl der Stimmenthaltungen erklärt sich vielleicht aus dem Druckfehler in Nr. 9 der „Sanitätswarte“, wo der Endtermin der Abstimmung fälschlich auf den 12. Juli festgesetzt war, vielleicht auch dadurch, daß der Antrag seitens des Vorstandes nur sehr mangelhaft begründet und dargelegt war. Mag dem nun aber sein wie da will, unser Blick darf sich jetzt nicht in die Vergangenheit, sondern muß sich in die Zukunft richten. Was hätten wir denn auch mit unserm Zwergdasein angefangen? Wozu noch die kolossale Anwesenlosigkeit unserer Kollegen kommt. Wir wären nun auf einen grünen Zweig gekommen. Sagt doch auch ein altes Sprichwort: „Biete Wenig machen ein Viel, vereinte Kräfte führen zum Ziel“. Hoffen wir, daß unsere Bewegung von nun an in eine andere Phase tritt, und der alte Schlenbrian der Kollegen beiseite geworfen wird. An allen Ecken und Enden trat in letzter Zeit die Gleichgültigkeit zu Tage. Während früher einige Kollegen unsere „Sanitätswarte“ hier und da mit einem lehrreichen Fachartikel bereicherten, ist dies in letzter Zeit ganz weggefallen. Aber auch seitens des Vorstandes ist meines Erachtens auf diesem Gebiete ziemlich gesündigt worden. Unter „Literarisches“ bekommen wir in der Regel Lektüre aufgesetzt, die uns erst an zweiter Stelle interessieren konnten, während von Fachliteratur nicht die Spur zu finden war. Wohl jeder Kollege hat das Bedürfnis, sich in seinem Berufe weiter auszubilden und zu vervollkommen, und unserer Fachpresse vornehmste Aufgabe muß es sein, ihm hierzu den Weg zu zeigen. Es sei ferne von mir, unserem Vorstand irgend welche Vorwürfe zu machen, aber immerhin könnte doch nach dieser Richtung hin eine Kleinigkeit mehr geschehen. Hoffen wir, daß der Vorstand in Zukunft diesem berechtigten Wunsche mehrerer Kollegen Rechnung trägt, dann werden es sich die Kollegen ihrerseits auch nicht nehmen lassen, ihr Teil zur Hebung unserer „Sanitätswarte“ beizutragen. H.

Literarisches.

Zu **Bade- und Trinkkuren** ist gerade jetzt eine geeignete Zeit. Es sei daher auf ein zweckmäßiges und sehr preiswertes Büchlein hingewiesen, das der bekannte Bade- und Kurenarzt Dr. med. Hans Wichmann in Bad Harzburg seinen weitverbreiteten Büchern „Lebensregeln für Neurastheniker“ und „Die Neurasthenie und ihre Behandlung“ folgen ließ und das sich **„Die Wasserkuren“**, innere und äußere Wasseranwendung im Hause, bezieht. Mit 10 Abbildungen. Preis gebestet 1 Mk., gebunden Mk. 1,25. Verlag von Otto Salle in Berlin W. 30.

Invalidenheime für Tuberkulose.

Dem „Berliner Tageblatt“ wird von ärztlicher Seite geschrieben:

In Kopenhagen tritt demnächst die internationale Tuberkulose-Konferenz zusammen, um über Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung der verheerenden Volkskrankheit zu beraten. Da mag es wohl angezeigt sein, wieder auf einen Punkt hinzuweisen, der, wiederholt schon erwähnt, immer noch nicht die Beachtung gefunden hat, die er in so hohem Maße verdient: die Gründung von Invalidenheimen für Tuberkulose. Es ist das eine Forderung, die immer wieder erhoben, so oft von der Bekämpfung der Tuberkulose die Rede war, bis heute eigentlich vollkommen unerfüllt geblieben ist. Und doch, was helfen alle Heilstätten mit ihren Erfolgen, was alle Vorschläge zur Ansammlung der Wohnungen, wenn der gefährlichste Feind der gesunden Bevölkerung nicht unschädlich gemacht, die vorgeschrittenen und

vorausichtlich unheilbaren Fälle von Tuberkulose nicht isoliert werden? Denn diese Fälle sind für ihre Umgebung am gefährlichsten, durch ihre Isolierung wird prophylaktisch am meisten genügt. Und ist nicht die Prophylaxe der wichtigste Teil der Therapie? Sucht nicht jeder Arzt seine Patienten vor dem Ergreifenwerden von Krankheiten zu bewahren? Sind nicht stets und überall die Bestrebungen des Staates und der Kommune auf Verhütung von Seuchen und Verhinderung ihrer Ausbreitung gerichtet? Nur vor der mörderischsten aller Volkskrankheiten, vor der Tuberkulose, macht dieses Streben plötzlich Halt, und man richtet den ganzen Ehrgeiz darauf, die von der Krankheit Befallenen in geeignete Heilstätten zu bringen. Gewiß ein Streben, das die reichste und weitestgehende Unterstützung verdient, ganz besonders, weil es gleich bei den ersten Anfängen der Krankheit einsetzt, das kranke Individuum wieder herzustellen, den Erwerbsunfähigen wieder erwerbsfähig zu machen bestrebt ist. Dieses Ziel wird ja auch in den meisten Fällen erreicht, und man könnte mit den Leistungen der Heilstätten wohl zufrieden sein, wenn die Erfolge dauernde wären. Aber leider steht es fest — gerade für die Kreise, auf die es hier ganz besonders ankommt, daß die Heilerfolge, das heißt die Erwerbsfähigkeit der nach erfolgreicher Kur aus den Heilstätten Entlassenen, von verhältnismäßig recht geringer Dauer sind. So waren von den aus den Heilstätten der Landesversicherungsanstalt der Stadt Berlin als erwerbsfähig entlassenen Patienten des Jahres 1897 am 31. Dezember 1902, also schon nach Ablauf von fünf Jahren, mehr als die Hälfte, nämlich 53,5 pCt. nicht mehr erwerbsfähig.

Das liegt natürlich nicht an dem Heilverfahren, sondern hat seinen Grund in den traurigen hygienischen und sozialen Verhältnissen, in welche die eben Geheilten oder Geheilten wieder zurück müssen. Darum muß die Sorge für die Besserung dieser hygienischen Verhältnisse immer und immer betont werden, gerade in einer Zeit, wo das Streben maßgebender Faktoren eine gewisse Einseitigkeit im Kampf gegen die Tuberkulose nicht verkennen läßt, wo alles Heil von den Heilstätten erwartet wird.

So segensreich die Heilstättenbewegung erwirkt hat, so groß ihre Verdienste sind durch die Sorge für die eben Erkrankten, ihr Wirken bleibt unvollkommen, ja, wird bis zu einem gewissen Grade wieder aufgehoben, wenn die Geheilten in das alte Elend zurückkehren, wo sie auf Schritt und Tritt neuer Infektion ausgesetzt sind.

Man hat nun vorgeschlagen, die Wohnnuten zu sanieren, und mit Recht darauf hingewiesen, wie wichtig die Besserung der Wohnungsverhältnisse ist. Gewiß wäre es ein Ziel, aufs innigste zu wünschen, daß man die Arbeiterwohnungen so herstellen könnte, daß sie allen hygienischen Anforderungen genügen. Aber die Bemühungen, hierin Abhilfe zu schaffen sind wie Panwitz sehr richtig sagt die allerschwerigsten, die es auf sozialem Gebiete gibt. And der Anfang all dieser Bemühungen mußte doch darin bestehen, daß man die Wohnungen von Infektionskeimen und ihren Trägern befreit. Die Träger aber und Verbreiter der Tuberkulose sind die kranken Menschen, und gegen diese müssen sich in erster Linie unsere Maßregeln richten.

Nun, es gibt keine Krankheit, die so verbreitet ist, so verheerend wirkt wie die Tuberkulose. In Berlin starben in einem Jahre 4623 Menschen an derselben, das heißt, etwa ein Achtel aller Gestorbenen erlag der mörderischen Krankheit. Dabei ist zu bedenken, wie lange gewöhnlich das Siechtum des dieser Krankheit Befallenen dauert, wie Tag und Nacht ihr gift durchsetzter Auswurf entleert wird, ohne sofort unschädlich gemacht zu werden. Man muß es erlebt haben und wir Ärzte sind täglich Zeugen dieses Elends wie die armen Schwindsüchtigen ihren Auswurf auf den Fußboden, an die Wände, in die Betttücher entleeren, wie sie daliegen ohne anständige Pflege im engen dampfen Raum, in Keller und Manfarde, wo kein Sonnenstrahl ihr armseliges Bett trifft. Man muß gesehen haben, wie in dem einzigen niedrigen, kleinen Zimmer, das oft genau Krankstube, Küche und Arbeitsstätte zugleich ist, Erwachsene und Kinder sich aufhalten, und man wird einen

Begriff bekommen von der ungeheuren Gefahr, die solche Seuchenherde in sich tragen. Nun, die Ärzte kennen diese Zustände zur Genüge, und darum sind sie es, die immer und immer wieder für Tuberkulosekranken Häuser eintreten. Sie wissen, wie dringend nötig dieselben sind im Interesse der Kranken und der Gesunden.

In jüngster Zeit hat man vorgeschlagen, Spitäler für Krebskranke zu errichten. Mir scheint, wichtiger und dringender wären Tuberkulosekranken Häuser! Noch nicht ein Drittel sozialer Menschen wie an Tuberkulose sterben an Krebs^{*)}, und diese Todesfälle betreffen nicht wie bei der Tuberkulose hauptsächlich Menschen im blühendsten Lebensalter, sondern viel ältere. An Tuberkulose sterben die meisten Menschen im Alter von 20 bis 30 Jahren, an Krebs zwischen 50 und 60.

Der Hauptgrund jedoch, weshalb die Tuberkuloseheime nötiger sind als Krebskranken Häuser, liegt in der Gefahr, die der Tuberkulose für seine Umgebung bildet. Die Tuberkulose ist eine Infektionskrankheit, deren Erreger wir genau kennen: der Tuberkelbazillus, der im Auswurf, im Eiter u. enthalten ist, erzeugt bei dazu disponierten Individuen immer wieder Tuberkulose, nicht nur, wenn er mit der Milch verschluckt wird, sondern — honny soit qui mal y pense — auch beim Einatmen, und darin liegt ihre immense Gefahr. Ob der Krebs überhaupt eine Infektionskrankheit ist, ist jedenfalls noch nicht festgestellt, und die Übertragung einer Krankheit wie Krebs durchaus nicht zweifellos nachgewiesen. Auch der Erreger des Krebses ist noch völlig unbekannt, trotzdem er wiederholt entdeckt worden sein soll. So liegt also auf der Hand, daß der Krebs für die Allgemeinheit lange nicht die Folgen hat wie die Tuberkulose. Ich möchte sagen, aus Egoismus, aus Selbsterhaltungstrieb müßte die Allgemeinheit dahin drängen, Tuberkuloseheime zu schaffen, ganz abgesehen von dem Segen, der den Kranken daraus erwachsen würde.

Natürlich kosten solche Anstalten Geld, und die wichtige Frage ist, wo soll das herkommen? Nun, ich meine, es wäre eine fruchtbringende und sich bald rentierende Kapitalanlage, wenn die Landesversicherungsanstalten von ihren großen Fonds Mittel hergäben zum Bau solcher Invalidenheime, in denen ihre arbeitsunfähigen, tuberkulösen Rentener empfänger untergebracht würden. Sie würden dadurch den Heilstätten eine Ergänzung geben, die den Wert derselben bedeutend erhöhen, ihre Erfolge dauernder machen würde. Dann aber müßten Staat und Kommune, die doch das allergrößte Interesse an der Bekämpfung der Tuberkulose haben, die Erbauung von Tuberkulosekranken Häusern fördern und selbst in die Hand nehmen. Dadurch würde erreicht, daß eine große Anzahl schwer Leidender in geordnete Pflege käme, die ihnen jetzt fehlt, und daß die öffentlichen Krankenhäuser von einer großen Anzahl Kranker befreit würden, die sie jetzt aufnehmen gezwungen sind. Circa acht Prozent aller in den städtischen Krankenhäusern Berlins behandelten sind schwindsüchtig. Diese würden dann natürlich in die Tuberkulosekranken Häuser aufgenommen werden. Rechnete man dazu die Tuberkulosen der andern Krankenhäuser, so ist leicht einzusehen, daß die große Zahl der jetzt mit Schwindsüchtigen belegten Betten für andere Kranken frei würde, die dringend der Krankenhauspflege bedürfen, aber wegen Platzmangel abgewiesen werden müssen. Das ist umso mehr zu beklagen, als es sich dabei meist um Kranke handelt, deren Wiederherstellung geradezu von der Aufnahme ins Krankenhaus abhängt, während bei den hochgradig Tuberkulösen auf Genesung nicht mehr zu rechnen ist. Die Landesversicherung der Stadt Berlin hat ja schon einen — vorerst recht bescheidenen — Anfang gemacht mit dem Invalidenheim in Lichtenberg, in welchem 1902 36 pCt Tuberkulose verplegt worden sind. Die Erfahrungen, die dort gemacht wurden, sprechen deutlich genug für die schnelle Vermehrung solcher Anstalten.

Möge die Tuberkulosekonferenz recht energisch dafür eintreten, dann wird sie einen großen Schritt vorwärts machen im Kampfe gegen die Krankheit, die vor allen anderen am Mark des Menschengeschlechts reißt.

—>>> **Anzeigen.** <<<<

Wir ersuchen die Mitglieder, bei Einkäufen nur unsere Inserenten zu berücksichtigen und auf „Die Sanitätswarte“ Bezug zu nehmen.

Zentral-Stellen-Nachweis

für das

gesamte Krankenpflege-, Massage- und Bade-Personal

Berlin W. * Bülowstr. 21
Telephon: Amt 9, 6488

Sprechzeit für Stellensuchende: 10—12 Uhr vormittags

Die Vermittlung ist kostenfrei für Krankenpfleger und -Pflegerinnen, Masseure und Masseusen, Bademeister, Schwimmlehrer, Hausdiener, Waschküchen- und Reinigungs-Personal, Heizer und Handwerker etc.

Empfehle mein

Weiß- u. Bair.-Bier-Total

Zahlstelle und Verkehrslokal
der Berliner Krank- u. Sanitätswarte
Neu-Aufnahmen u. Beiträge werden
entgegengenommen.
Die „Sanitätswarte“ liegt aus.

August Kaiser, Berlin, Auguststr. 75

Einpäckedie „Sanitas“

in grau und weiß

150 205 cm 200 225 cm

RM. 7,50 RM. 11,—

Robidene Badetücher

150 200 cm 180 200 cm

RM. 5,50 RM. 6,75

Franko Versandt.

Wolfgang Weber & Co. Rowaves
Rowaves b. Potsdam.

Offene Stellen.

Berlangt werden: 2 Wärter für den Operationsaal,
1 Wärter, mehrere Köchinnen und Bademeisterinnen.

Unentbehrlich für jeden Bademeister, Heilgehilfen, Masseur etc. ist der unparteiische Ratgeber, Tipp's praktischer Hauschat der Heilkunde. Weil dieser unparteiische Ratgeber eine Gegenüberstellung sämtlicher Heilmethoden bringt, und zwar sind enthalten: Allopathie, Homöopathie, Naturheilkunde nach Bitt, Muesel, Zahnmann und Blasen, Elektrotherapie, Baunscheidtismus, Heilmittel der Medizin, Industrie, Hausmittel, Rezeptenschlüssel, Angabe der besten Spezialisten und Kurorte etc. 5 zerlegbare Modelle des menschlichen Körpers, viele Illustrationen u. 12 farbige Tafeln. Ein Nachschlagewerk erst. Mang. Preis 1 bändige Ausgabe 15 RM., gegen Zehntzahlungen 10 RM.; 2 bändige Ausgabe 20 RM., gegen Zehntzahlungen 22 RM.

Berlag: Franz Tipp, Leipzig.

Achtung!

Achtung!

Personal sämtlicher städtischer, staatlicher und privater Krankenhäuser und Irrenanstalten Berlins und Umgegend!

Wittwoch, den 13. Juli, nachm. 3 Uhr

Versammlung

des gesamten dienstfreien Personals
im neuen Verkehrslokal
Brenzlauerstr. 11. Garst's Gesellschafts-
haus, Nähe des Alexanderplatzes.

Tages-Ordnung: 1. Der Stand unserer Bewegung und die zukünftigen Maßnahmen zur Verbesserung unserer Dienst- und Wohnverhältnisse. Referent: Geschäftsführer Dr. Foerich. Von 1 Uhr ab: **Geselliges Beisammensein mit Tanz.**

Insondere werden auch die Kollegen und Kolleginnen des Städtischen Krankenhauses, des Irrenhauses „Moabit“ und der Charité-
erlaubt, zu erscheinen. Um zahlreiches Be-
such bitten. **Der Einberufer.**

NB. Sonntag, den 31. Juli, wieder in demselben Lokal um 3 Uhr nachmittags eine weitere **Versammlung** nach. Aufstehend. **Geselliges Beisammensein mit Tanz.**